

Nächster Halt: Nordkorea?

Wie entwaffnet man Schurkenstaaten?

QUELLE: NZZ AM SONNTAG*

Von Thomas Bernauer und Dieter Ruloff¹

Angesichts der Entwicklung am Golf stellen sich besorgte Zeitgenossen die Frage nach Alternativen zur zwangsweisen Entwaffnung von Despoten. Ohne die amerikanischen Drohungen hätte sich Saddam Hussein keinen Millimeter bewegt. Jeder Drohung immanent ist aber die Eventualität, diese wahr machen zu müssen wie jetzt am Golf. Gerade deshalb stellt sich die Frage: Geht es auch ohne Krieg? Tatsächlich laufen seit Anfang der 1990er Jahre mehrere grosse «Experimente» dieser Art. Das grösste und schwierigste betrifft Nordkorea, und es gleicht jenem vom Golf in mancherlei Hinsicht.

Tauschgeschäft

Der «Grosse Führer» Nordkoreas, Kim Il Sung, fasste in den siebziger Jahren den Beschluss, Atombomben herzustellen. Mit sowjetischer Hilfe baute Nordkorea einen graphitmoderierten Reaktor, aus dessen verbrauchten Brennstäben Plutonium gewonnen werden kann, also Sprengstoff für Atombomben. Auf Druck der Sowjetunion trat Nordkorea 1985 zwar dem Atomwaffensperrvertrag bei, weigerte sich jedoch, die damit verbundenen Kontrollen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) zuzulassen. Nordkorea wollte sich nicht in die nuklearen Karten schauen lassen.

Nach längerem Hin und Her eskalierte die Situation im Frühjahr 1994 zur offenen Krise, wobei nach dem Untergang der Sowjetunion 1991 den USA die Rolle zufiel, Nordkoreas nukleare Ambitionen zu zügeln. Die USA begannen über Sanktionen bis hin zum «chirurgischen» Militärschlag gegen Nordkoreas

*Hintergrund, 9. März 2003, Nr.10 152, Seite 25

¹Thomas Bernauer ist Professor für Politikwissenschaft an der ETH Zürich. Dieter Ruloff ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich. Beide arbeiten am Zentrum für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Nuklearanlagen nachzudenken. Nordkorea versetzte seine Truppen in Alarmbereitschaft und drohte mit dem Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag, liess aber gleichzeitig Verhandlungsbereitschaft erkennen.

Angesichts der realen Gefahr eines neuerlichen Krieges auf der koreanischen Halbinsel entschieden sich die USA für Verhandlungen. Dabei überraschte Nordkorea die USA mit der offenen Forderung nach einem «Geschäft»: Lieferung von zwei Leichtwasserreaktoren und Heizöl sowie Normalisierung der Beziehungen gegen Verzicht Nordkoreas auf sein inzwischen fortgeschrittenes Nuklearprogramm. (Leichtwasserreaktoren produzieren auch Plutonium, allerdings ist dieses aus den verbrauchten Brennstäben extrem schwierig zu extrahieren.)

Die USA traten auf das Angebot ein, die Verhandlungen zogen sich hin und mussten wegen des Todes Kim Il Sung's im Juli 1994 unterbrochen werden. Sein Sohn und Nachfolger, der «Geliebte Führer» Kim Jong Il, besiegelte im August das Tauschgeschäft. Die Umsetzung verlief aber schleppend. Erst 1997 wurde mit dem Bau der Ersatzreaktoren begonnen. Und erst im Februar 2000 konnte die Finanzierung von etwa 4,5 Milliarden Dollar sichergestellt werden. Nordkorea reagierte ob der Verzögerungen trotzig, behinderte die Inspektionsteams der IAEA und irritierte die Welt mit Raketentests.

Ein «Desaster»

Die neue Regierung Bush, deren Schlüsselfiguren den durch die Administration Clinton ausgehandelten Nordkorea-Deal lange vor der Wahl scharf kritisiert hatten, goss Öl ins Feuer. Am 29. Januar 2002 sprach Bush in seiner Rede zur Lage der Nation von Nordkorea als einem Element der «Achse des Bösen». Bereits im Dezember 2001 hatte er gewarnt, man werde das Land für Verantwortung ziehen", falls es mit der Produktion von Nuklearwaffen beginne. Neun Monate später trat der Ernstfall ein: Im Oktober 2002 musste das nordkoreanische Regime unter dem Druck von Satellitenbildern eingestehen, dass es an einem neuen Nuklearprogramm arbeitete. Im Januar 2003 trat das nordkoreanische Regime schliesslich aus dem Atomsperrvertrag aus. Ende Februar schritt es zur Wiederinbetriebnahme seines Reaktors und intensivierte sein Programm zur Wiederaufbereitung von Brennstäben. Das hier zu gewinnende Plutonium würde gemäss Mohammed al-Baradei, dem Chef der IAEA, Nordkorea in die Lage versetzen, pro Halbjahr mehrere Atombomben herzustellen. Dies wäre in Baradeis Worten ein «Desaster». Die USA, voll mit dem Irak beschäftigt, stellen sich hingegen auf den Standpunkt, man habe auf der koreanischen Halbinsel «keine Krise» (Aussenminister Powell

am 30."Dezember 2002).

Verlässliche Berichte aus Washington sprechen eine andere Sprache. Im Pentagon werden Pläne für einen chirurgischen Militärschlag gegen die Nuklearanlagen Nordkoreas entwickelt. Sollte dies zu einem Angriff des Nordens auf Südkorea führen, würde der Einsatz von taktischen Nuklearwaffen gegen die etwa 13"000 Stück Artillerie erwogen, die Nordkorea in Reichweite der südkoreanischen Hauptstadt an der entmilitarisierten Zone in Stellung hat. Nur Säbelrasseln? Vermutlich; zumindest solange die USA mit Saddam Hussein beschäftigt sind. «Reden» mit Nordkorea will Präsident Bush erst dann, wenn sichtbare Zeichen der Abrüstungsbereitschaft vorliegen, «verhandeln» erst danach in einem multilateralen Rahmen.

Woran scheiterte das Tauschgeschäft von 1994? Wohl an den Illusionen beider Seiten: In den USA war man auf das Geschäft in der Meinung eingetreten, zum Discount-Tarif das Wohlverhalten eines gefährlichen Despoten erkaufen zu können, dessen Regime ohnehin bald auf dem «Misthaufen der Geschichte» (Trotzki) landen werde. Faktisch, so der Eindruck, hatte man sich erpressen lassen, Vertragsbruch honoriert und war zudem noch hintergangen worden. Aus nordkoreanischer Perspektive sieht die Sache ganz anders aus: In der Hoffnung auf Sicherheit, internationale Anerkennung und Hilfe in wirtschaftlich desolater Lage hatte Nordkorea auf den einzigen Trumpf verzichtet, das eigene Nuklearprogramm, dafür aber fast nichts erhalten. Folglich setzt Nordkorea nun wieder auf die nukleare Karte.

Zuckerbrot oder Peitsche?

Was bedeutet dies für die Abrüstung? Ist «Zuckerbrot» das falsche Mittel, geht es nur mit der «Peitsche»? Nicht ganz. Dies zeigen unter anderem die Beispiele Ukraine und Kasachstan. Beide Staaten besaßen aus dem «Erbe» der Sowjetunion grosse Mengen Nuklearwaffen. Sie verzichteten auf diese dann in ähnlichen Tauschgeschäften, vermutlich aber nur, weil diese Waffen für sie sicherheitspolitisch von eher geringer Bedeutung waren und sie dringend finanzielle Hilfe benötigten. Für das nordkoreanische Regime ist die eigene Sicherheit hingegen enger mit der Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung verbunden.

Unter diesen Bedingungen kann nur eine Kombination von wirtschaftlicher Hilfe und Sicherheitsgarantien zur nuklearen Abrüstung Nordkoreas führen. Militärische und wirtschaftliche Drohgebärden sind kontraproduktiv: Sie verstärken lediglich den Anreiz für Nordkorea, durch sicherheitspolitisch riskan-

tes Verhalten doch noch mit dem Westen «ins Geschäft» zu kommen. Gefordert sind somit eine Reaktivierung und energischere Umsetzung des Deals von 1994 sowie ein Abbau der Drohkulisse gegenüber Nordkorea.

Leider scheint sich die Strategie der USA in die entgegengesetzte Richtung zu entwickeln. Während sie für einen Regimewechsel im Irak den grossen Krieg riskieren, wird Nordkorea trotz neuen Provokationen geschont. Aber nur vorläufig. Die Falken Washingtons denken bereits an die Zeit nach einem, wie sie glauben, raschen Sieg im Irak: «Next Stop: North Korea», forderte Charles Krauthammer eben im «Wall Street Journal Europe». Sollte es auf der koreanischen Halbinsel zu einem Krieg kommen, würden dessen humanitäre, weltpolitische und ökonomische Konsequenzen jene eines Irak-Krieges bei weitem übersteigen.